

27. Aufrechnung einer in deutscher Währung entstandenen Forderung gegen eine in ausländischer Währung ausgedrückte, im Inlande zu bezahlende Forderung. Nach welchen Grundsätzen ist der Kurswert zu bestimmen, der für die Umrechnung der in ausländischer Währung ausgedrückten Forderung maßgebend ist?

I. Zivilsenat. Art. v. 20. Dezember 1922 i. S. L. (Rl.) w. S. (Bekl.)
I 18/22.

I. Landgericht Hamburg, Kammer f. Handelsachen. — II. Oberlandesgericht daselbst.

Die Parteien, die in Hamburg ansässig sind, standen miteinander berart in Geschäftsverbindung, daß die Klägerin in skandinavischen Häfen durch ihr nahestehende Firmen für die Beklagte Baumwollsendungen aus überseeischen Dampfern empfangen und nach deutschen Häfen weiterbefördern ließ. Für berartige Geschaftsbeforgungen aus dem Jahre 1915 erteilte die Klägerin der Beklagten eine Abrechnung, die zu ihren Gunsten nach Abzug der Gegenleistungen der Beklagten mit einem Saldo von 3728,96 Kronen schwedischer Währung abschloß. Auf Zahlung dieses Betrags net 5 v. H. Zinsen seit dem 20. Juni 1921 ist die Klage gerichtet. In Höhe von 3099,75 Kronen stellte die Beklagte drei Gegenansprüche von 346,88 M, 800 M und 2844,65 M zur Aufrechnung. Die Beträge rechnete sie in 247,46, 629,92 und 2222,88 schwedische Kronen um.

Das Landgericht gab der Klage in Höhe von 3099,75 Kronen net Zinsen statt, indem es die Gegenansprüche für unbegründet erklärte. Das Oberlandesgericht wies insoweit die Klage ab. Es erachtet die Gegenforderungen für begründet und die Aufrechnung für zulässig. Die Revision der Klägerin wurde zurückgewiesen.

Gründe:

Die Revision erhebt Einwendungen gegen die Zulässigkeit der Aufrechnung und gegen die Umrechnung der in schwedischen Kronen entstandenen Schuld in eine Markschuld. Die Aufrechnung erachtet sie für unstatthaft, weil ungleichartige Forderungen, auf seiten der Klägerin in schwedischer, auf seiten der Beklagten in deutscher Währung, einander gegenuberstanden (§ 387 BGB.).

Diese Ansicht ist nicht zutreffend. Die Parteien sind Hamburger Kaufleute und haben den Vertrag, aus dem die beiderseitigen Ansprüche hervorgegangen sind, in Hamburg geschlossen. Dieser Ort muß daher für die beiderseitigen Verbindlichkeiten als Erfüllungsort gelten, soweit

nicht aus der Natur des Vertrags für einen Teil der Leistungen etwas abweichendes anzunehmen ist (§ 269 BGB.). Das trifft auf die Geschäftsbeforgungen zu, die in den skandinavischen Häfen vorzunehmen waren. Soweit dort von der Klägerin, sei es von ihr selbst, sei es von den von ihr beauftragten dortigen Firmen, eine Tätigkeit zu entfallen war, ergab sich ohne weiteres aus den Umständen, daß die Vertragserfüllung nur in den Auslandshäfen erfolgen konnte. Mit hin entstand auch die Vergütung für die dort ausgeübte Tätigkeit in der ausländischen Währung. Leistungsort für die Zahlung war aber im Verhältnis der Parteien untereinander der für den Vertrag im allgemeinen maßgebliche Erfüllungsort Hamburg. Es greift danach der § 244 BGB. Platz, wonach eine in ausländischer Währung ausgebrückte Gelbschuld, wenn sie im Inlande zu entrichten ist, in deutscher Reichswährung zu zahlen ist, es sei denn, daß die Zahlung in ausländischer Währung ausdrücklich bedungen ist. Für eine solche besondere Vereinbarung bieten die Verhandlungen der Vorinstanzen und die Feststellungen des Vorberurteils keinen Anhalt. Die Abrede erscheint nach den Verhältnissen des Jahres 1915 auch so fernliegend, daß der Berufungsrichter es nicht nötig hatte, darüber gemäß § 139 ZPO. zur Aufklärung des Sachverhalts das Fragerecht auszuüben. War die Beklagte hiernach berechtigt, den in schwedischen Kronen ausgebrückten Saldo der Klägerischen Abrechnung in deutscher Reichswährung zu bezahlen, so war sie auch weiter befugt, gegen die in Markwährung umgerechnete Forderung der Klägerin Gegenforderungen, die ihr gegen die Klägerin in Markwährung entstanden waren, aufzurechnen. Von einem ungleichartigen Leistungsgegenstande kann bei einem derartigen Zusammentreffen von Forderung und Gegenforderung nicht die Rede sein. Da die Aufrechnung das Erlöschen der Forderungen, soweit sie sich decken, zur Folge hat, also wie eine Zahlung wirkt, so ist auf sie der § 244 Abs. 2 BGB. entsprechend anzuwenden, wonach die Umrechnung nach dem Kurswerte erfolgt, der zur Zeit der Zahlung für den Zahlungsort maßgebend ist. Wie als Zeit der Zahlung die Zeit zu verstehen ist, zu der das Zahlungsgeschäft tatsächlich bewirkt wird (RG. Abt. 101 S. 312), so ist für die Währungsrechnung auch bei der Aufrechnung diejenige Zeit maßgebend, zu der die Aufrechnungserklärung gemäß § 388 BGB. gegenüber dem anderen Teile abgegeben wird. An welchem Tage dies im vorliegenden Falle geschehen ist, ist im Berufungsurteile nicht näher erörtert worden; das Berufungsgericht beschränkt sich auf die Bemerkung, daß die Beklagte nach § 244 BGB. zur Umrechnung der in Kronen ausgebrückten Klageforderung in deutsche Währung befugt gewesen sei und einen entsprechenden Teil der Klageforderung getilgt habe, indem sie ihn nach dem zurzeit der Aufrechnung maßgebenden Kurse umgerechnet und

dagegen mit ihrer Markforderung aufgerechnet habe. Diese Ausführungen sind in keiner Weise zu beanstanden. Zu einer näheren Erörterung der Kursverhältnisse hatte der Vorberrichter keine Veranlassung, da von den Parteien die Richtigkeit der Umrechnung nicht bemängelt worden ist. Die Umrechnung ist nun von der Beklagten nicht in der Weise vorgenommen worden, daß sie, wie es genau dem § 244 B.G.B. entsprechen hätte, den in Kronen ausgeworfenen Saldo der klägerischen Abrechnung in Mark umgerechnet und dagegen ihre in Mark ausgedrückten Gegenforderungen aufgerechnet hat, sondern sie hat die Markbeträge der letzteren in Kronen umgerechnet und dann gegen den Kronensaldo aufgerechnet. Es handelt sich hierbei um eine rein rechnerische Maßnahme, die das tatsächliche Schlüßergebnis nicht anders gestaltet. Irgeben rechtlicher Verstoß kommt dabei nicht in Betracht. . . .